

den letzten Jahren relativ ausführlich berichtet wurde, ist kaum bekannt, dass auch die Frage der chinesischen Grenze zu dem kleinen Himalayastaat Bhutan bislang keineswegs gelöst ist. Offensichtlich aufgrund der geringen politischen Bedeutung Bhutans wurde über die Grenzverhandlungen mit China, die immerhin seit 1984 in bislang 16 Verhandlungsrunden geführt wurden, öffentlich wenig bekannt.

Die jüngste und damit 16. Verhandlungsrunde fand im Rahmen eines zehntägigen Chinabesuchs des bhutanesischen Außenministers Lyongpo Jigmi Thinley in der zweiten Oktoberhälfte statt. Gesprächspartner in den Verhandlungen war auf chinesischer Seite der stellvertretende Außenminister Wang Yi. Beide Seiten äußerten Zufriedenheit mit dem Verlauf der Verhandlungen und diese als weiteren Schritt hin zu einer endgültigen Festlegung. Da es aber gleichzeitig auch hieß, es handle sich bei der Grenzfrage um eine komplexe Angelegenheit, die weiterer Konsultationen bedürfe, ist davon auszugehen, dass die Verhandlungen auch diesmal letztlich nicht wirklich vorangekommen sind. Ansonsten hätte man sich kaum darauf zurückziehen müssen, sich zufrieden mit dem gesamten bisherigen Verhandlungsverlauf seit 1984 und mit der 1998 erreichten Vereinbarung über die Bewahrung von Frieden und Ruhe entlang der chinesisch-bhutanesischen Grenze zu zeigen. (PTI news agency, Delhi, 15.10.02, nach BBC PF, 16.10.02; Kuensel, online, 27.10.02, nach BBC PF, 28.10.02) -kg-

---

## Innenpolitik

---

### 11 Umbesetzungen mehrerer Provinzparteisekretärsämter – Sprungbrett ins Politbüro?

Im Oktober wurden mehrere Partei-sekretärsämter auf Provinzebene neu besetzt. Die personellen Umbesetzungen erschienen insofern überraschend, als sämtliche Provinzpartei-komitees erst vor wenigen Monaten gewählt und die Führungsgremien neu bestimmt bzw. bestätigt worden waren (vgl.

C.a., 2002/5, Ü 7). Im Vorfeld des für die zweite Novemberwoche anberaumten 16. Parteitags der KPCh dürfte ein enger Zusammenhang mit der Besetzung des künftigen Politbüros bestehen.

Den jüngsten Umbesetzungen ist gemeinsam, dass bisherige Partei-sekretäre, die sich der für Führungsämter auf Provinzebene gültigen Altersgrenze von 65 Jahren nähern, durch deutlich jüngere Vertreter ersetzt wurden. Von ihren Ämtern als Provinzpartei-sekretäre abberufen wurden die drei folgenden Angehörigen der so genannten „Sunset“-Generation, also der jüngsten Vertreter der „dritten Führungsgeneration“ der Mittsechziger:

- der 62-jährige Jia Qinglin, seit 1997 Partei-sekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing (Provinzstatus);
- der 64-jährige Huang Ju, seit 1994 Partei-sekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Shanghai (Provinzstatus);
- sowie der 59-jährige He Guoqiang, seit 1999 Partei-sekretär der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing (Provinzstatus) (vgl. *Monthly Data* im hinteren Teil dieses Heftes).

Jia Qinglin und Huang Ju sind bereits Politbüromitglieder und gelten, wie auch He Guoqiang, als langjährige Vertraute und treue Gefolgsleute von Staats- und Parteichef Jiang Zemin. Insbesondere in den Fällen der beiden Politbüromitglieder Jia Qinglin und Huang Ju war bereits seit längerem gemutmaßt worden, dass sie für höchste Führungsämter in Beijing vorgesehen seien, für die eine informelle Altergrenze von 70 Jahren gilt. Ihre jüngste Abberufung aus Beijing bzw. Shanghai liefert einen deutlichen Hinweis darauf, dass sie auf dem 16. Parteitag in den Ständigen Ausschuss des Politbüros aufrücken und anschließend tatsächlich mit Spitzenämtern in Partei oder Regierung betraut werden könnten. Ihre Abberufung von Führungsämtern auf Provinzebene bestätigt auch, dass die Altersgrenze von 65 Jahren für die Führungsebene in China zunehmend strikt durchgesetzt wird.

Die genannten Personen machen damit den Platz für jüngere Nachfol-

ger frei. So weit noch im Oktober bekannt wurde, übernimmt in Beijing der 61-jährige Liu Qi, der seit 1999 das Amt des Bürgermeisters innehat, den Partei-sekretärsposten von Jia Qinglin. In Shanghai tritt der 56-jährige Chen Liangyu an die Stelle Huang Jus. Chen Liangyu hatte erst zum Jahreswechsel 2001/02 das Amt des Shanghai-er Bürgermeisters übernommen, nachdem sein Vorgänger Xu Kuangdi überraschend von diesem Amt nach Beijing abberufen worden war (vgl. C.a., 2001/12, Ü 9). Damals war spekuliert worden, dass machtpolitische Auseinandersetzungen für die „Absetzung“ Xu Kuangdis ausschlaggebend gewesen sein dürften. Vor dem Hintergrund der jüngsten Umbesetzungen erscheint es allerdings plausibler anzunehmen, dass es damals in erster Linie darum ging, dem jüngeren Chen Liangyu, der bis dahin nur den Rang eines stellvertretenden Partei-sekretärs bekleidete, rechtzeitig ein „Sprungbrett“ ins Politbüro zu verschaffen. Ähnliches könnte für Liu Qi gegolten haben, der führungsintern ebenfalls seit längerem als mögliches Mitglied des zukünftigen Politbüros gehandelt wird. Den internen Karrierespielregeln der KPCh gemäß sind Partei-sekretärsämter auf Provinzebene als „Sprungbretter“ ins Politbüro prädestiniert; ein Aufstieg vom Amt eines Provinzgouverneurs bzw. Bürgermeisters einer regierungsunmittelbaren Stadt ins Politbüro ist hingegen bislang nur in Ausnahmefällen möglich gewesen.

So weit bislang bekannt wurde, plant Chen Liangyu sein bisheriges Amt des Bürgermeisters abzugeben. Als möglicher Nachfolger Chens wird der 48-jährige Han Zheng gehandelt, der seit 1998 als stellvertretender Bürgermeister von Shanghai tätig ist. Han Zheng besitzt einen Master-Abschluss als Wirtschaftswissenschaftler (*senior economist*), gilt als kompetent und reformfreudig und hat während seiner Laufbahn in Shanghai mehrere ältere Kollegen „überholt“. In den vergangenen Jahren war er unter anderem für die Ressorts Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt zuständig und verfügt damit über zentrale Querschnittserfahrungen, die ihn für einen Führungs-posten auszeichnen. Er könnte damit zu einem wichtigen Politiker am Übergang zwischen der „vierten“ und „fünftigen Führungsgeneration“ aufstei-

gen. Seine Berufung zum Shanghaier Bürgermeister im Alter von 48 Jahren würde zugleich bestätigen, dass der chinesische Parteistaat tatsächlich einen Pfad nachhaltiger Verjüngung auf allen Führungsebenen eingeschlagen hat. (XNA, 23.10.02; Xinhua, 22.10.02, nach BBC PF, 23.10.02; *Hong Kong Economic Journal (Xinbao)*, 31.10.02, nach BBC PF, 8.11.02; ST, 24., 26.10.02; WSJ, 22., 24.10., 5.11.02) -hol-

## 12 Zahlen zur Beteiligung nichtkommunistischer Parteien am politischen Prozess

Wenige Wochen vor dem 16. Nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas hält es die Parteiführung offenbar für angebracht, in ihrer Außendarstellung die langjährige gute Kooperation mit den acht nichtkommunistischen Parteien (NKP), den sogenannten „demokratischen Parteien“ Chinas, zu betonen. So veröffentlichte die Xinhua-Nachrichtenagentur in der zweiten Oktoberhälfte verschiedene statistische Daten zur Besetzung staatlicher Organe mit nichtkommunistischen Parteimitgliedern dieser Parteien.

Den vorgelegten Zahlen zu Folge sind 13 Mitglieder der NKP als stellvertretende Minister in Kommissionen bzw. Ministerien des Staatsrats tätig. Auch das Amt eines stellvertretenden Staatsanwalts und eines stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Volksgerichtshofs, werden von NKP-Mitgliedern bekleidet. Auf der Ebene stellvertretender Provinzgouverneure (bzw. stellvertretender Bürgermeister regierungsunmittelbarer Städte) sind 27 und auf der Ebene stellvertretender Bürgermeister von Städten auf Sekundärprovinzebene (*fushengji shi*) 13 Vertreter der NKP vertreten. In den Provinzregierungen sind insgesamt 203 Führungsämter mit NKP-Mitgliedern besetzt, in den Regierungen auf Bezirksebene insgesamt 280 und in den Kreisregierungen landesweit insgesamt 6.419. Die Gesamtzahl von Vertretern der „demokratischen Parteien“, die Führungsämter in staatlichen Organen auf den verschiedenen administrativen Ebenen von der Kreisebene aufwärts innehaben, beläuft sich damit auf knapp 7.000.

Hinzu kommen diejenigen, die als Delegierte im Volkskongress bzw. der Politischen Konsultativkonferenzen, dem eigentlichen konsultativen Betätigungsorgan der „demokratischen Parteien“ fungieren. Nach den jüngsten Zahlen sind über 120.000 NKP-Mitglieder in den Volkskongressen und mehr als 240.000 Mitgliedern in den Politischen Konsultativkonferenzen auf allen administrativen Ebenen tätig. Ferner stellen die NKP neun stellvertretende Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses sowie 16 stellvertretende Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz auf nationaler Ebene.

Insgesamt verfügen die acht „demokratischen Parteien“, also der Revolutionäre Ausschuss der Guomindang, die Demokratische Liga, die Demokratische Nationale Aufbauvereinigung, die Vereinigung für die Förderung der Demokratie, die Demokratische Bauern- und Arbeiterpartei, die *Zhigong*-Partei, die *Jiusan* (3. September)-Partei und die Liga für eine demokratische Selbstverwaltung Taiwans, zusammen über 580.000 Mitglieder. Angesichts dieser relativ kleinen Zahl erscheint der Anteil derjenigen, die am politischen Prozess partizipieren, durchaus hoch. Gemessen an der hohen Zahl politischer Führungsämter, die landesweit durch Mitglieder der Kommunistischen Partei bekleidet werden, nimmt sich der Anteil der NKP dagegen recht bescheiden aus. Die jüngsten Daten lassen leider keine Schlussfolgerungen über zeitliche Entwicklungstrends zu, die wesentlich aussagefähiger wären. (XNA, 16., 19., 23.10.02) -hol-

## 13 Falungong-Präsenz in verschiedenen öffentlichen Medien

Nachdem seit Anfang dieses Jahres wiederholt über Störungen des staatlichen Kabel- und Satellitenfernsehens durch Angehörige der Falungong-Bewegung berichtet wurde, wurden der Falungong-Organisation im Lauf des September und Oktober weitere Aktivitäten in verschiedenen anderen öffentlichen Medien zugeschrieben, durch die Angehörige der Bewe-

gung versucht haben sollen, für deren Legalität und Ziele zu werben.

So wurde in den vergangenen Wochen mehrfach berichtet, dass private Telefonnummern in Beijinger Privathaushalten und Firmen angewählt worden seien; bei Abheben sei eine Rekorderstimme eingespeist worden, die ankündigte, entgegen der durch den parteistaatlichen Propagandaapparat verbreiteten negativen Sicht auf Falungong über deren wahre Ziele und tatsächliche Situation zu informieren. Ein ausländischer „Ohrenzeuge“ berichtete von einem menügesteuerten Text, der dem Hörer durch Tastenbedienung eine Auswahl unter verschiedenen Themen erlaubte.

Von offizieller chinesischer wie von Hongkonger Seite wurde ferner von Manipulationen einzelner Webseiten berichtet. Beim Aufrufen bestimmter Homepages erschienen anstatt der erwarteten Seiten von internationalen Falungong-Organisationen betriebene Webseiten, darunter häufig die von Kanada aus betriebene Seite [www.minghui.ca](http://www.minghui.ca), die unter Falungong-Mitgliedern als die Seite mit dem für die weltweite Bewegung höchsten repräsentativen und verbindlichen Anspruch gilt. Von den Manipulationen betroffen gewesen sein sollen die in China viel besuchten Seiten [www.sina.com](http://www.sina.com), [www.people.com](http://www.people.com) und [www.xinhua.com](http://www.xinhua.com), aber auch die vom Festland aus zugänglichen Seiten der Hongkonger Zeitungen *Ming Pao* und *Sing Tao Daily* ([www.mingbao.com](http://www.mingbao.com), [www.singtao.com](http://www.singtao.com)) sowie die Seite [www.hongkong.com](http://www.hongkong.com).

Schließlich wurde davon berichtet, dass Falungong-Anhänger als Teilnehmer in verschiedenen prominenten TV-Shows im staatlichen Fernsehen aufgetreten seien. In teilweise live übertragenen Sendungen soll es einigen Personen gelungen sein, durch Falungong-Plakate oder laut gerufene Slogans die Aufmerksamkeit kurzzeitig auf sich zu ziehen. In Reaktion auf diese Vorkommnisse wurde von den zuständigen Fernsehanstalten angeordnet, insbesondere bei Live-Sendungen die Teilnehmer für das Studio-Publikum strikt zu überprüfen und, wo möglich, ihre jeweiligen Arbeitseinheiten in die Personenkontrolle einzubeziehen. Verdächtige Bewerber für TV-Shows und technisches Personal,

## CHINA aktuell

auch solche Personen, in deren Bekanntheit sich ein Falungong-Mitglied befinde, seien strikt auszuschließen.

Der Konflikt mit Taiwan, der im Zusammenhang mit den seit Sommer dieses Jahres verzeichneten Störungen im chinesischen Satellitenfernsehen entstanden war, hat sich untermessen weiter verschärft. Sprecher des chinesischen Staatsrats hatten von der taiwanesischen Seite verlangt, nach einer angeblich eindeutig auf dem Gebiet des Verwaltungsbezirk Taipeis georteten Störquelle zu fahnden und diese zu beseitigen. Vertreter der taiwanesischen Behörden, die sich über unpräzise und verspätete Informationen vom Festland beklagten, bedauerten bis Ende Oktober, die angebliche Störquelle nicht identifizieren zu können. Festlandsvertreter spotteten daraufhin, dass die militärische Sicherheitstechnologie Taiwans offenbar nicht ausreichend ausgereift sei. Die öffentliche Empörung auf volksrepublikanischer Seite wuchs, nachdem es zwischen dem 24. und 29. Oktober erneut zu Störungen im staatlichen Satellitenfernsehen (China Central Television, CCTV, sowie China Education Television, CETV) gekommen sein soll – als Störquelle sei wiederum der Verwaltungsbezirk der Stadt Taipeis geortet worden.

Um sich zukünftig vor Sabotageakten im Satellitenfernsehen zu wappnen, hat der staatliche Satellitenbetreiber China Great Wall Industry Corp. angekündigt, einen mit neuartiger Technologie ausgestatteten Satelliten in Umlauf zu bringen. Ein in Frankreich hergestellter Satellit vom Typ Apstar VI, der in der Lage sein soll, externe Störmanöver abzuwehren, solle Ende 2004 mit einer Signalreichweite für China, Südostasien und den pazifischen Raum bis nach Australien ausgebracht werden.

Durch die Falungong-Präsenz in immer neuen Medien erhält der langjährige Konflikt zwischen der parteistaatlichen Führung Chinas und tatsächlichen oder vermeintlichen Vertretern der Falungong-Bewegung eine immer stärkere technologische Ausprägung. Die Protestformen verlagern sich zusehends von individuellen physischen Demonstrationsakten hin zu anonymen technisierten Me-

dienmanipulationen, die teilweise offenbar ein durchaus breites Publikum erreichen. Angesichts dieser Entwicklung ist nicht auszuschließen, dass die chinesische Führung zu neuen restriktiven Mitteln greift, die nicht nur einen weiter verschärften Druck auf Falungong-Mitglieder in und außerhalb Chinas, sondern auch eine weitere Intensivierung allgemeiner Medienkontrolle mit sich bringen könnten. (XNA, 25., 31.10.02; Xinhua, 30.10.02, nach BBC PF, 31.10.02; Zhongguo Tongxun She, 21.10.02, nach FBIS, 21.10.02; *Renmin Wang* online, 29.9.02, nach FBIS, 30.9.02; Hong Kong *Ming Pao* online, 28.9., 8.10.02, nach FBIS, 28.9., 8.10.02; Hong Kong *Wen Wei Po* online, 1., 4.10.02, nach FBIS, 1., 4.10.02; WSJ, 24., 25.9., 3., 8., 24.10.02; ST, 31.10.02) -hol-

#### 14 Vorwurf des illegalen „Kults“ im Fall der „Südchinesischen Kirche“ fallen gelassen

In einem überraschenden Revisionsurteil ist der Vorwurf der Bildung eines illegalen „Kultes“ (*xiejiao*) fallen gelassen worden, der im April 2000 gegen die christliche Gruppierung der „Südchinesischen (*Huanan*) Kirche“ erhoben worden war. So weit bekannt, handelt es sich um den ersten Fall, in dem das Verdikt des „Kultes“ zurückgenommen wurde, das nach dem Verbot der Falungong-Bewegung im Sommer 1999 auch gegen mindestens 16 christliche Untergrundkirchen verhängt worden war. Bei der „Südchinesischen Kirche“ handelt es sich um eine von Gong Shengliang 1991 ins Leben gerufene Abspaltung der „Total Scope (*Quan fanwei*)-Kirche“. Die „Südchinesische Kirche“ hatte zuletzt rund 50.000 Mitglieder in zehn Provinzen Chinas, darunter Hubei, Henan und Hunan.

Ende September revidierte der Volksgerichtshof der Provinz Hubei ein Urteil des nachgeordneten Volksgerichtshofs der Stadt Jingmen vom Dezember 2001, in dem 17 Mitglieder der Kirche unter dem Vorwurf der Bildung eines „Kults“ mit schweren Strafen belegt worden waren. Der Gründer der Kirche, Gong Shengliang, und vier weitere Personen waren damals zum Tode

verurteilt worden (vgl. C.a., 2001/12, Ü 14). Das Hubeier Gericht begründete seine Revision mit einer verworrenen Faktenlage und mangelnden Beweisen.

Das Gericht der Stadt Jingmen verwandelte daraufhin Anfang Oktober die Todesurteile in drei Fällen in lebenslängliche und in zwei Fällen in 15-jährige Haftstrafen. Begründet wurden diese Strafmaße nun ausschließlich auf der Grundlage vorsätzlicher Körperverletzung, im Fall Gong Shengliangs ferner mit dem Vorwurf der Vergewaltigung. Nach Angaben des Information Centre for Human Rights and Democracy ist die Beweislage allerdings auch für diese Vorwürfe keineswegs stabil. Die Beschuldigten sollen daher angekündigt haben, gegen das Revisionsurteil erneut Berufung einzulegen. Die Aufhebung des Vorwurfs der Bildung eines illegalen „Kults“ führte außerdem dazu, dass vier der ursprünglich 17 Angeklagten als unschuldig entlassen wurden.

Die Revision und Neuverhandlung im Fall der „Südchinesischen Kirche“ dürfte ein Ausnahmefall bleiben. Es ist anzunehmen, dass politischer Druck aus den USA ausschlaggebend für die Entscheidung war. Gerade im Vorfeld des USA-Besuchs von Staats- und Parteichef Jiang Zemin Ende Oktober dürfte es der chinesischen Führung angelegen gewesen sein, sich in dem sensitiven Bereich der Religionspolitik liberal zu zeigen. (Information Centre for Human Rights and Democracy, 8., 10.10.02, nach BBC PF, 10., 13.10.02; NZZ, 11.10.02) -hol-

#### 15 Revision des „Wasser-Gesetzes“ – Verbesserter Schutz der Wasserressourcen?

Zum 1. Oktober ist eine revidierte Version des im Jahr 1988 verabschiedeten „Wasser-Gesetzes“ in Kraft getreten. Die jüngsten Änderungen, die Ende August vom Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses angenommen worden waren, zielen auf ein landesweit einheitliches System des administrativen Managements und eine effizientere Nutzung der Wasserressourcen. Dem neu gefassten Gesetz wird strategische Bedeutung im Bemühen um eine nachhaltige Entwicklung des Landes sowie beim Ausgleich zwischen

wirtschaftlichen und ökologischen Zielen zugeschrieben.

Das revidierte Gesetz sieht vor, dass die Kontrolle der Wasserversorgung, der Bau wichtiger wasserwirtschaftlicher Projekte, die Verteilung der vorhandenen Wasserressourcen, die Optimierung der Nutzung regionaler Wasserressourcen, die Kontrolle der Wasserverschmutzung und die Ausarbeitung von Maßnahmen zur sparsamen Nutzung in Zukunft nicht mehr einzelnen Akteuren überlassen, sondern von den zuständigen Behörden in integrierter Weise gesteuert wird. Wie sich der Stellvertretende Minister für Wasserressourcen, Jing Zhengshu, äußerte, würden die wasserwirtschaftlichen Behörden zukünftig den einzigen „Boss“ darstellen, bei denen die Verwaltung der Wasserressourcen und wasserwirtschaftlich relevanter Belange zusammenlaufen solle.

Das geänderte Gesetz beinhaltet unter anderem neue preispolitische Anreiz- und Sanktionsinstrumente. So sollen städtische Einwohner in Zukunft für ihren Wasserverbrauch höhere Preise bezahlen; bei übermäßigem Gebrauch (Überschreiten bestimmter Quoten) sollen progressiv gestaffelte Preise anfallen, um zur sparsamen Nutzung anzuregen. Auch sollen Verursacher von Wasserverschmutzung in Zukunft stärker finanziell zur Verantwortung gezogen werden; hier droht das Gesetz mit Geldstrafen von bis zu 100.000 Yuan RMB (rund 12.000 USD) – ein Betrag allerdings, der für kommerzielle Verschmutzer angesichts der hohen Kosten von Reinhaltungsmaßnahmen noch keine ausreichend abschreckende Wirkung entfalten dürfte.

Wenn die hier formulierten Ansätze zu einem integrierten Schutz der Wasserressourcen auch durchaus vielversprechend sind, so dürfte eine effektive Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen – wie auch bisher – von vielen Schwierigkeiten geprägt sein. Abzuwarten bleibt insbesondere, ob es gelingt, die teilweise sehr mächtigen Eigeninteressen regionaler und lokaler Regierungen sowie kommerzieller Akteure einzudämmen. Hinzu kommt, dass die beanspruchte „Oberhoheit“ des Ministeriums für Wasserressourcen über wasserbauliche und wasserwirtschaftliche Belange nicht ohne weiteres durchzusetzen sein wird. An-

dere Ressorts wie die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung, die für die Entwicklung Westchinas einschließlich der dortigen groß angelegten wasserbaulichen Maßnahmen verantwortlich zeichnet, das Ministerium für Bauwesen und die Nationale Umweltbehörde nehmen traditionell ebenfalls Zuständigkeiten im wasserbaulichen bzw. wasserwirtschaftlichen Bereich für sich in Anspruch. Wenn dies, wie die Beteiligten eingestehen, in der Realität auch zu überlappenden Kompetenzen und zahlreichen Reibungsverlusten kommt, so dürften sich diese Ressorts doch kaum freiwillig zur Abgabe ihrer Kompetenzen bereit finden.

Insgesamt wird das explizite Ziel eines nachhaltigen Schutzes der Wasserressourcen aber vor allem angesichts geplanter riesiger Wasserbauprojekte in Frage gestellt. Während der Bau des Drei-Schluchten-Staudamms am Yangzi noch nicht abgeschlossen ist, hat der Staatsrat bereits ein weiteres Mammutprojekt gebilligt. Ende Oktober erging die endgültige Genehmigung für ein groß angelegtes Kanalnetzwerk zum Wassertransfer von Süd- nach Nordchina, für dessen Bau zunächst 500 Milliarden Yuan veranschlagt wurden. Das Projekt, das angeblich bereits im Jahr 1952 durch Mao Zedong persönlich angeregt worden sein soll, soll bis zur endgültigen Fertigstellung eine Bauzeit von 50 Jahren beanspruchen und, entsprechend dreier geplanter Kanalrouten (beginnend mit einer Ost-, über eine Mittel-, zuletzt einer Westroute), in drei Etappen erfolgen. Insgesamt soll durch das komplexe Kanalnetzwerk aus verschiedenen in den südlichen Provinzen Henan, Hebei und Hunan gelegenen Zuflüssen des Yangzi jährlich eine Gesamtmenge von 48 Milliarden Kubikmeter Wasser in die Regionen Shandong, Beijing und Tianjin, die unter wachsender Dürre leiden, umgeleitet werden. Wie chinesische und internationale Umweltexperten kritisieren, läuft das geplante Projekt den Zielen eines effizienten Schutzes bestehender Wasserressourcen und einer nachhaltigen, ökologisch verträglichen Wirtschaftsentwicklung klar zuwider. (XNA, 7.9.02; SCMP, 31.10.02) -hol-

## 16 Statistik und Moral – Zhu Rongji und Wen Jiabao zu Besuch im Nationalen Statistikkamt

Bei einem Besuch im Nationalen Statistikkamt in Beijing haben Ministerpräsident Zhu Rongji und sein voraussichtlicher künftiger Nachfolger Wen Jiabao zu einer qualitativen Verbesserung der Statistkarbeit aufgerufen. Dem Besuch war eine mehrmonatige Debatte zwischen chinesischen und internationalen Experten über die Zuverlässigkeit und Aussagekraft statistischer Daten in China vorausgegangen. Vor diesem Hintergrund ist der Schritt als ein politisches Warnsignal an die Adresse des Statistikkamtes zu verstehen. Dass dabei in erster Linie an die Moral und korrekte ideologische Einstellung der Mitarbeiter appelliert wurde, zeigt allerdings die Grenzen der Reformfähigkeit des statistischen Systems auf.

In seiner Ansprache an die Mitarbeiter des Nationalen Statistikkamtes, das im Oktober den fünfzigsten Jahrestag seines Bestehens feiert, lobte Zhu Rongji zunächst die Erfolge der vergangenen Jahre im Statistikwesen. Die statistischen Erhebungsmethoden seien reformiert und internationale Standards übernommen worden; das Spektrum der statistischen Dienstleistungen sei erweitert worden, die Informationstechnologie habe Einzug in die Arbeit gefunden, und die Qualifikation des Personals sei durch Schulungen verbessert worden. Dem Nationalen Statistikkamt sei so eine wichtige Rolle im politischen Entscheidungsprozess und in der volkswirtschaftlichen Lenkung zugewachsen. Trotz dieser Erfolge sei es dringend nötig, die begonnenen Reformen weiter zu intensivieren, um zu erreichen, dass die erhobenen statistischen Daten „akkurat“, „wahr“ und „zuverlässig“ seien – auf keinen Fall könnten „falsche oder übertriebene“ Daten geduldet werden.

Entschieden sei vor allem dem Problem zu begegnen, dass „einige Gegenden und Arbeitseinheiten im Streben nach materiellen Gewinnen und Ansehen immer wieder falsche statistische Daten nach oben weitergeben, ohne Rücksicht auf das Statistikgesetz und auf die Disziplin von Partei und Regierung.“ Als Maßnahmen empfahl Zhu Rongji eine bessere Überwachung der

lokalen Erhebung statistischer Daten, eine Verbesserung der fachlichen Kompetenz zuständiger Mitarbeiter, vor allem aber auch die Umsetzung der „Drei Repräsentationen“, eine „gesunde Mentalität“, „professionelle Ethik“, einen „guten Arbeitsstil der Prinzipientreue, des Respekts für die Wissenschaft und der Selbstdisziplin“. Die Mitarbeiter müssten ihre Arbeit „getreu“ erledigen und sich „vor falschen Zahlen hüten“ – in erster Linie also Appelle an die persönliche Moral und politische Integrität des Personals.

Wie schwierig die Einführung und Durchsetzung landesweit verbindlicher Standards bei der Erhebung und Auswertung statistischer Daten offenbar noch ist, zeigt insbesondere die folgende ambivalente Forderung Zhu Rongjis: Nach seinen Worten gelte es, ein „statistisches System chinesischer Prägung zu schaffen und zu vervollkommen, zugleich aber die Konformität mit allgemeinen internationalen Regeln sicherzustellen“. Augenscheinlich ist durch den WTO-Beitritt des Landes vor einem Jahr der Druck zwar spürbar gewachsen, die eigenen Statistiken an das internationale Regelwerk anzupassen. Durch die Formel eines „statistischen Systems chinesischer Prägung“ scheint jedoch indirekt zugleich eingestanden zu werden, dass erhebliche nationale Eigenheiten und Barrieren fortbestehen, die bestenfalls einen Kompromiss mit den internationalen Regeln erlauben.

Damit bestätigte Zhu Rongji ansatzweise Zweifel an der Zuverlässigkeit der offiziellen chinesischen Statistikdaten, die seit vergangenem Jahr laut geworden waren. Thomas Rawski, Ökonomieprofessor an der Pittsburgh University, hatte Ende 2001 eine kontroverse Debatte ausgelöst, als er verkündete, die tatsächliche Wachstumsrate des chinesischen Bruttosozialprodukts liege bei maximal 3-4%, also bei rund der Hälfte der offiziellen Angaben; in den Jahren 1998 und 1999 sei die Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit sogar geschrumpft. Das chinesische Statistikwesen, so Rawski, sei nicht zu einer unabhängigen Datenerhebung in der Lage, sondern vielmehr der Datenmanipulation durch Beamte auf den lokalen Ebenen ausgesetzt, die generell ein politisches Interesse daran hätten, die lokalen Statistikdaten möglichst hoch aus-

zuweisen. Daraus resultiere seit langem eine systemimmanente Neigung zur Überschätzung des aus den lokalen Daten aggregierten Bruttosozialprodukts, die durch verschiedene Reformversuche nicht abgestellt worden sei. Seine Schätzung eines tatsächlich deutlich niedrigeren Wirtschaftswachstums sieht Rawski durch spezifische Entwicklungen in verschiedenen Wirtschaftssektoren bestätigt. So sei angeblich der Energieverbrauch im fraglichen Zeitraum zurückgegangen – ein Umstand, der sich nicht mit der Annahme einer boomenden Volkswirtschaft verträglich (Thomas Rawski, „What's happening to China's GDP statistics“, *China Economic Review*, 2001). Unter dem Eindruck dieses Szenarios korrigierten verschiedene internationale Beobachter, etwa der CIA oder die Economist Intelligence Unit, ihre Wachstumsraten für die chinesische Wirtschaft nach unten.

Andere Stimmen, darunter auch international anerkannte China-Experten wie Nicolas Lardy oder langjährige Consultants im China-Geschäft wie Andy Xie, verteidigten die offiziell ermittelten hohen Wachstumsraten. Ohne ihre Hand für die absolute Gültigkeit der chinesischen Statistiken ins Feuer zu legen, argumentierten sie, dass die offiziellen Zuwachsraten des Bruttosozialprodukts sich durchaus konsistent mit Wachstumstrends anderer wirtschaftlicher Indikatoren verhielten, bei denen kein Grund zur Überbewertung bestehe. So seien die Importe, die staatlichen Fiskaleinnahmen, die Geldmenge und das inländische Sparvolumen seit 1997 ebenso schnell oder sogar deutlich schneller gewachsen als das Bruttosozialprodukt im gleichen Zeitraum. Aus der Konsistenz dieser Trends schließen die Kommentatoren, dass die offiziellen Daten, wenn auch nicht vollständig akkurat, so doch relativ nahe an der Wahrheit liegen dürften. Andy Xie argumentiert darüber hinaus sogar, dass die offiziellen Statistiken tendenziell nicht zu einer Über-, sondern zu einer Unterschätzung des tatsächlichen Sozialprodukts neigen dürften, weil sie Qualitätsverbesserungen vieler Güter nicht ausreichend berücksichtigten. Gerade im Bereich der Konsumgüter, die einem raschen qualitativen Wandel ausgesetzt seien, sei dieser Trend zur statistischen Unterschätzung des Wertzu-

wachses besonders augenfällig. (Andy Xie, „China: The Numbers Game“, [www.morganstanley.com/GEFdata/digests/20020416-tue.html](http://www.morganstanley.com/GEFdata/digests/20020416-tue.html); [www.tangmEIFunds.com/economy061002.htm](http://www.tangmEIFunds.com/economy061002.htm), 25.10.02).

Offizielle chinesische Sprecher räumen in Reaktion auf diese Debatte ein, dass es bei der Ermittlung der Wirtschaftswachstumsrate nach wie vor tatsächlich eine gewisse Diskrepanz zwischen den national erhobenen Daten und den aggregierten Provinzdaten gebe, die oft noch einen signifikanten Trend zur Überschätzung der Wachstumsraten aufwies. Allerdings schrumpfte diese Diskrepanz von Jahr zu Jahr und läge gegenwärtig nur noch bei rund zwei Prozentpunkten. Durch verschiedene statistische Methoden, insbesondere auch durch die Anpassung an Standards des Internationalen Währungsfonds (IMF), sei das Nationale Statistikamt sehr um eine unabhängige Datenerhebung auf nationaler Ebene bemüht. Auch IMF-Vertreter bestätigten angeblich, dass die Qualität und Transparenz chinesischer Statistiken stetig steige. (Xinhua, 3.3., 28.10.02, nach BBC PF, 27.3.02; XNA, 8.8.02; *The Economist*, 16.3.02, S.61/62; *Washington Post*, 21.3.02; FT, 3.7.02; *Renmin Ribao* Website, 18.7.02, nach FBIS, 18.7.02) -hol-

## 17. Umfassende Gesetzessammlung veröffentlicht

Mit einem Vorwort von Staats- und Parteichef Jiang Zemin ist im Oktober ein umfassendes Kompendium chinesischer Gesetzestexte veröffentlicht worden. Das Werk mit dem Titel *Gesetzessammlung der Volksrepublik China* (*Zhonguo renmin gongheguo fadian*) war von der Kommission für Gesetzgebungsbelange beim Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in dreijähriger Arbeit kompiliert worden.

Wie offizielle Sprecher angaben, enthält das Kompendium sämtliche Gesetze, administrative Regulierungen und Verordnungen samt einschlägiger Auslegungen, die seit Gründung der Volksrepublik ergangen sind, ferner alle von der Volksrepublik unterzeichneten internationalen Verträge. Allein die vom Nationalen Volks-

kongress bzw. seinem Ständigen Ausschuss verabschiedeten Gesetze belaufen sich inzwischen auf über dreihundert. Die Sprecher kündigten an, dass die Sammlung in Zukunft jährlich aktualisiert werden und somit ein unverzichtbares juristisches Referenzwerk darstellen würde.

In seinem Vorwort betonte Jiang Zemin die große Bedeutung, die der Verwirklichung rechtsstaatlicher Standards für die sozialistische Modernisierung Chinas zukomme. Die Veröffentlichung der Gesetzessammlung entspreche der Verfassungsergänzung vom März 1999, in der der Aufbau eines „sozialistischen Rechtsstaates“ festgeschrieben wurde. Vor allem aber sei sie ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem „sozialistischen Rechtssystem chinesischer Prägung“, dessen Aufbau man sich bis zum Jahr 2010 vorgenommen habe.

Ungeachtet dieser sozialismusspezifischen Rhetorik scheint die Gesetzesammlung unter anderem auch einem zentralen Kriterium des WTO-Regelwerks zu dienen, nämlich Transparenz hinsichtlich der bestehenden – in diesem Zusammenhang außenwirtschaftlich relevanten – gesetzlichen Regelungen eines Landes zu schaffen. Doch auch über den wirtschaftsrechtlichen Kontext hinaus stellt die Veröffentlichung eines umfassenden Kompendiums ein positives Signal dar, da damit – wohl erstmalig in der Geschichte der VR China – der Anspruch erhoben wird, einen vollständigen Korpus kodifizierten Rechts zu etablieren und diesen transparent zu machen. Bisher waren die geltenden Gesetze zumeist nur in Einzelausgaben oder fachbezogenen Sammlungen erhältlich, die den Eindruck eines rein additiven gesetzgeberischen Prozesses erweckten, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Administrative Verordnungen verschiedener Regierungsorgane waren teilweise überhaupt nicht öffentlich zugänglich, was gerade für ausländische Geschäftsleute, wenn sie mit bis dahin unbekanntem Regelungen gewissermaßen aus dem Nichts konfrontiert wurden, immer wieder zu großem Unmut führte. Sicherlich schafft eine Sammlung von Gesetzes- und Verordnungstexten den gravierenden Problemen im chinesischen Rechtsbereich nicht schon Abhilfe, doch scheint die jüngste Veröffentlichung durchaus ein Schritt

in eine positive Richtung. (*Fazhi Ribao*, 10., 15.10.02; Xinhua, 15.10.02, nach BBC PF, 18.10.02) -hol-

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 18 Erfolge im Raumfahrtprogramm gemeldet

Am 27. Oktober wurde der Satellit „China Resources II“ erfolgreich vom Raketenzentrum Taiyuan mit einer Trägerrakete in eine Erdumlaufbahn befördert. Seine Hauptaufgabe wird die Übermittlung von Daten für die Erschließung von Bodenressourcen und Produktivitätsberechnungen von Farmerzeugnissen, für den Umweltschutz und Katastrophenvorhersagen sowie die Städteplanung sein. Ein Satellit der gleichen Serie ist seit September 2000 in Betrieb.

Insgesamt handelt es sich um den 68sten Start einer Trägerrakete vom Typ „Langer Marsch“ durch die China Aerospace Science and Technology Corporation (CASTC). Er ist Teil des ehrgeizigen Raumfahrtprogramms, mit dem sich China nicht nur in die Spitzengruppe der Raumfahrtationen bringen und sich im Hightech-Sektor präsentieren, sondern auch die wirtschaftliche Modernisierung des Landes sowie den Aufbau des Verteidigungspotenzials fördern will. Zur Unterstreichung dieser „patriotischen“ Ziele wurde der Start denn auch als „großzügiges Geschenk“ der Wissenschaftler und Techniker der chinesischen Raumfahrtindustrie an den kommenden 16. Parteitag der Kommunistischen Partei bezeichnet.

Ein anderes Projekt dieses Programms präsentierte CASTC auf der 4. Chinesischen Messe internationaler Errungenschaften der Hoch- und neuen Technologien, die am 12. Oktober in Shenzhen eröffnet wurde. Ausgestellt wurden Chinas erste Raketen auf Festbrennstoffbasis Pioneer I und II, die speziell dem Transport kleinerer Satelliten dienen. Von den mit Flüssigbrennstoff betriebenen Raketen „Langer Marsch“ unterscheiden

sie sich nicht nur durch geringere Herstellungskosten, sondern auch durch ihre bessere Transport- und einfachere Startmöglichkeit. Sie könnten z.B. von fahrenden Fahrzeugen oder von Flugzeugen aus gestartet werden. Dabei wird auch der gleichzeitige Nutzen dieser Technologie im zivilen, kommerziellen und militärischen Bereich betont.

Zhang Qingwei, Geschäftsführer der China Space Technology Corporation, einer der größeren Unternehmen im Raumfahrtbereich, unterstrich den kommerziellen Nutzen der Entwicklungen auf der Abschlussveranstaltung der „World Space Week“ am 10. Oktober in Beijing. Im Laufe der letzten rund 10 Jahre habe China 22 kommerzielle Starts für über zehn Länder durchgeführt und dabei mit sechs verschiedenen Typen von Raketen insgesamt 27 fremde Satelliten in den Weltraum befördert sowie fünf Trägerdienste erfüllt. Auch in Zukunft werde sein Land sich aktiv auf dem internationalen Raumfahrtmarkt mit Startdienstleistungen betätigen. Alle drei Startzentren in Jiuquan (Gansu), Taiyuan (Shanxi) und Xichang (Sichuan) sind nach Auskunft chinesischer Fachleute inzwischen in der Lage, Raumschiffe bis in höhere Umlaufbahnen zu befördern.

Am gleichen Tag wies das Beijinger Luftfahrtkontrollzentrum auf die erfolgreiche Mission des Orbitalmoduls hin, das seit seiner Trennung vom Raumschiff Shenzhou III die Erde 2.821-mal umrundet habe. Zwar noch unbemannt, war Shenzhou III technisch bereits auf den Transport von Astronauten ausgerichtet. Die durchgeführten Experimente gelten daher auch als „wichtiger Durchbruch“ im Programm der bemannten Raumfahrt, das 1992 gestartet wurde. Vorerst ist allerdings für den Beginn des nächsten Jahres ein weiterer Flug ohne Astronauten vorgesehen; der erste bemannte Flug soll in drei Jahren starten. (ZXS und XNA, 10.10.02, nach BBC PF, 11.10.02; AFP, 11.10.02, nach FBIS-CHI, 11.10.02; ZXS, 12.10.02, nach BBC PF, 13.10.02; XNA, 27.10.02, nach BBC PF, 28.10.02; RMRB engl. online, 25., 28.10.02) -gs-